

Befangenheitsantrag - Endlose Debatten

Gegner sauer über die Säure-Rechnung

Lünen. (kes) Um Lichtjahre in ihren Meinungen voneinander entfernt sind die Gutachter von Trianel und die Kraftwerksgegner in der Bürgerinitiative darüber, ob der Kühlturm, durch den auch Rauchgas ausgeführt wird, Säure in die Umgebung trägt oder so gut wie nichts herunterkommt.

Vor dem langen Streit um schweflige Säure hatte Prof. Johannes Hofnagel gegen den Gutachter der Bezirksregierung, Prof. Ulrich Ewers vom Hygieninstitut des Ruhrgebiets, einen Befangenheitsantrag gestellt, weil das Institut finanziell mit Stadtwerken verhandelt sei, Ewers sehr eng mit dem Trianel-Gutachter Dr. Herbert Lichtnecker zusammenarbeite und der Professor schon früh gesagt habe, dass er keine Probleme mit dem Kraftwerk sehe.

Verhandlungsleiter Klaus Tillmann belehrte die BI, dass Ewers kein Amtsträger sei und keine Befangenheit infrage komme, es aber den Ausschusstatbestand gebe, über den aber am Montag nicht mehr entschieden werde. Als Ewers dann ohnehin ging, war der Fall zunächst gelöst.

Alle Aussagen von Ewers dürften nicht relevant für Entscheidungen sein, forderte Prof. Hofnagel, der für die BI einen Verfahrensrechtler ankündigte.

Die BI hält die so genannte Ausbreitungsrechnung über Schadstoffe für fehlerhaft. Und was die Säure betrifft, nimmt Klaus Tillmann das wegen fehlender Grenzwerte

sehr ernst. Er werde eventuell eine Sonderfallprüfung anstellen. Denn es läuft noch kein neues Steinkohlenkraftwerk mit dieser Art von Rauchgasführung. Darum fordert die BI einen separaten Schornstein.

Kritisiert wird ferner, dass Trianel beantragt hat, das Kraftwerk bis zu 60 Mal im Jahr an- und herunterfahren zu dürfen, was laut Gutachter keine stärkere Umweltbelastung bedeute. Trianel-Chef Manfred Ungethüm hat angekündigt, die Kraftwerkswerte im Falle einer Genehmigung jeden Monat der Stadt zum Auslegen zu melden.

HINTERGRUND

Vertagung steht bevor

- Die Bezirksregierung Arnsberg wird den Erörterungstermin über das geplante Kraftwerk vertagen müssen, weil erst drei von 17 Tagesordnungspunkten behandelt worden sind und der Hansesaal nur bis einschließlich Donnerstag, 6. September, gemietet wurde.
- Er steht danach erst einmal nicht zur Verfügung, es muss ein neuer Termin anberaumt werden. Verhandlungsleiter Klaus Tillmann hätte den Termin fortsetzen können, wenn der Saal frei wäre.